

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 36/0268/WP18
Federführende Dienststelle: FB 36 - Fachbereich Klima und Umwelt		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 08.03.2023
		Verfasser/in: FB 36/100
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 31.01.2023 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.03.2023	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 31.01.2023 (öffentlicher Teil)

Erläuterungen:

Anlage/n:

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

22. März 2023

Sitzungstermin:	Dienstag, 31.01.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:55 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Jöran Stettner

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Jörg Bogoczek

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Holger Kiemes

Ratsherr Sebastian Klick

Herr Reiner Nerlich

Ratsherr Henning Nießen

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

Herr Ralf Demmer

ab 18.50 anwesend

AUK/24/WP18

Ausdruck vom: 24.03.2023

Seite: 1/20

Herr Marcus Liebmann

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

Herr Dr. Andreas Nositschka

Frau Barbara Stockem

Herr Safi Özbay

anwesend bis 19.05

Herr Rolf Schumacher

Herr Tom Schumann

Herr Marco Terporten

Herr Alexander Gilson

anwesend bis 18.50 Uhr

Abwesende:

Frau Dr. Anja Fitter

vertreten d. Frau Therese Liegmann

Herr Gero Matthias Schuch

vertreten d. Herrn Arno Lennartz

von der Verwaltung:

Herr Heiko Thomas, Dez. VII

Herr Dr. Markus Kremer, Dez. V

Herr Klaus Meiners, FB 36/000

Herr Andreas Bierfert, FB 37/000

Herr Harald Beckers, FB 13

Frau Dr. Charlotte Over, FB 36

Herr Dr. Winfried Engels, FB 36

Herr Daniel Kelterbaum, FB 36/700

Herr Gerd Bussen, FB 23

Herr Sebastian Seier, BET Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH

AUK/24/WP18

Ausdruck vom: 24.03.2023

Seite: 2/20

als Schriftführerin:

Frau Andrea Schürmann, FB 36/100

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Filmvortrag "Suermond-Park"**

- 2 **Eröffnung der Sitzung**

- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 13.09.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0200/WP18-1

- 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 08.11.2022, öffentlicher Teil.**
Vorlage: FB 36/0226/WP18

- 5 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 06.12.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0240/WP18

- 6 **Interimsfeuerwache - Standortentscheidung**
Vorlage: FB 37/0018/WP18

AUK/24/WP18

Ausdruck vom: 24.03.2023

Seite: 3/20

- 7 **Sachstand Katastrophenschutz - Katastrophenschutzbedarfsplan, Organisation, Energiemangellage**
- 8 **Flottenstrategie ÖPNV - Sachstandsbericht**
Vorlage: FB 61/0528/WP18
- 9 **Leitfaden Wasserstoff Wasserstoffnetz für Aachen (SPD-Ratsantrag 122/18) / Evaluation für Wasserstoffinfrastruktur (DIE ZUKUNFT-Ratsantrag 124/18)**
Vorlage: FB 02/0203/WP18
- 10 **Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK), Maßnahme 3.1, Förderung von Solaranlagen in der Stadt, Sachstand und Weiterentwicklung Solar-Förderprogramm, Tagesordnungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD vom 23.11.2022**
Vorlage: FB 36/0239/WP18
- 11 **Altstadtquartier Büchel - Realisierungswettbewerb Freianlagen für Landschaftsarchitekten - Eckpunkte der Auslobung**
Vorlage: FB 36/0251/WP18
- 12 **Kündigung der Vereinbarung zur Unterhaltung einer Pflegestation für Wildtiere durch die Aachener Tierpark Gemeinnützige AG**
Vorlage: FB 36/0248/WP18
- 13 **Ratsantrag Fraktionen der GRÜNEN, der ZUKUNFT und der Linken vom 10.02.2021, Nr.**

068/18

Mieterstrom: Erneuerbare Stromerzeugung auch auf Aachener Mietshäusern

Vorlage: FB 23/0160/WP18

14 **Leitfaden ökologische Baubegleitung (ÖBB) zur Sicherstellung des Baumschutzes auf Baustellen im Geltungsbereich der Baumschutzsatzung der Stadt Aachen**

Vorlage: FB 36/0250/WP18

15 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Filmvortrag "Suermond-Park"

zu 2 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Lürken begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 13.09.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0200/WP18-1

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2022 (öffentlicher Teil)

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Enthaltung, einstimmig beschlossen

zu 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 08.11.2022, öffentlicher Teil.

Vorlage: FB 36/0226/WP18

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 08.11.2022, öffentlicher Teil

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Enthaltungen, einstimmig beschlossen.

- zu 5 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 06.12.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0240/WP18

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2022, öffentlicher Teil

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Enthaltungen, einstimmig beschlossen.

- zu 6 Interimsfeuerwache - Standortentscheidung**
Vorlage: FB 37/0018/WP18

Die Ausschussvorsitzende Lürken teilt dem Ausschuss mit, dass die Vorlage am 11.01.2023 in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte einstimmig bei einer Enthaltung und am 19.01.2023 im Planungsausschuss mehrheitlich bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme beschlossen wurde.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt an dieser Stelle Herrn Beigeordneten Dr. Kremer, der mitteilt, dass er für Detailfragen zur Verfügung stehe.

AUK/24/WP18

Ausdruck vom: 24.03.2023

Seite: 7/20

Ratsherr Nießen dankt allen Beteiligten und ist froh, dass eine Standortentscheidung erfolgt sei.

Ratsfrau Dr. Wolf weist auf die Dringlichkeit der Entscheidung hin und bedankt sich bei Herrn Beigeordneten Dr. Kremer und der Feuerwehr.

Herr Kiemes dankt für das tolle Ergebnis und ist zuversichtlich, dass die Interimsfeuerwache vielleicht noch in diesem Jahr fertig gestellt werden könne.

Die Ausschussvorsitzende Lürken fasst das Dankeschön von allen Seiten gerne nochmals in Richtung Verwaltung zusammen.

Herr Dr. Nositschka legt dar, dass er den anderen Standort am Hangeweiher sinnvoller gefunden hätte und weist auf die zu erwartenden Belastungen für die Geflüchteten in diesem Bereich hin.

Seine Fraktion sehe die Priorisierung anders und er werde sich daher - genau wie sein Kollege im Planungsausschuss - bei der Abstimmung enthalten.

Ratsherr Blum führt aus, dass es um gesetzliche Vorgaben gehe, denen man bis dato noch habe gerecht werden können.

Die Entscheidung sei oft verschoben worden und er sei froh, dass nun die Anforderungen an die Sicherheit zum Wohle der Bürger erfüllt werden können.

Ratsherr Bogoczek schließt sich den Ausführungen von Herr Dr. Nositschka an.

Die Ausschussvorsitzende dankt allen für die Suche nach einem geeigneten Standort und ist froh, dass durch die Beschlüsse die Sicherheit der Bürger wieder gewährleistet werden könne.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, am Standort Heidbendenstraße 1 (östliche Teilfläche) die Errichtung einer Interimswache in Container/Leichtbauweise zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Enthaltungen, einstimmig beschlossen.

zu 7 Sachstand Katastrophenschutz - Katastrophenschutzbedarfsplan, Organisation, Energiemangellage

Herr Beigeordneter Dr. Kremer führt zunächst aus, dass eine neue Abteilung FB 37/600 Katastrophenschutzabteilung gegründet werden wird.

Im morgigen Ratsbeschluss würden dem Rat 4 neue Stelleneinrichtungen zum Beschluss vorgelegt, die dann gemeinsam mit dem bisherigen Bestand von 5 Stellen die neue Abteilung bilden werden.

Gerade in dem Bereich des Katastrophenschutzes gebe es neue Aufgaben, wie die Situation beim Hochwasser und auch beim Klima zeigen würden.

Den Katastrophenschutzplan mit dem Rettungsdienstbedarfsplan und dem Brandschutzbedarfsplan gemeinsam aufzustellen sei ein ganz neuer Weg, den bisher noch keine Stadt gegangen sei.

Herr Bierfert wird die Details in seiner Präsentation erläutern.

Er erläutert, dass der Bevölkerungsschutz neu geregelt werden müsse. Der Bevölkerungsschutz umfasse eine Reihe von Themen wie Schutz bei Hochwasser, Waldbrandgefahren, Auswirkungen durch Klimaveränderungen, Energiemangellage und vieles mehr.

Auch das Thema der Warnsysteme sei wichtig.

In Zusammenarbeit mit internen und externen Partnern werde ein Katastrophenschutzbedarfsplan erarbeitet.

Beim Thema Bevölkerungsschutz gehe es auch um zivile Notfallplanung. Hier gehe es darum, gebündelte Maßnahmen zu planen.

Er kündigte an, dass die Einsatzleitung der Feuerwehr und der Krisenstab der Verwaltung an einer länderübergreifenden Übung in diesem Jahr teilnehmen werden.

Die durch Herrn Bierfert vorgelegte Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ratsfrau Dr. Wolf findet es spannend festzustellen, dass es ein besonderes Augenmerk auf den Bevölkerungsschutz gebe und sie halte die Zusammenfassung von Rettungsdienst, Brandschutz und Katastrophenschutz für eine wichtige Entscheidung.

Sie frage sich jedoch, wo die Abgrenzung im Einzelfall zwischen ziviler Notfallplanung und Katastrophenschutz erfolge.

Herr Bierfert erläutert, dass ein Stromausfall noch keine Schadenslage bedeuten würde. Es gehe hierbei um die Frage der Größe der Einsatzlage.

Ratsherr Kiemes stellt bezogen auf die Absicht der Einrichtung neuer Stellen und der Bildung der neuen Abteilung die Frage nach der eventuellen Zuständigkeit des AUK in dieser Angelegenheit.

Herr Beigeordneter Dr. Kremer erläutert daraufhin, dass organisatorische Veränderungen ein normales Geschäft der Verwaltung darstellen.

Da jedoch neue Stellen eingerichtet werden müssen, läge die Zuständigkeit bezogen auf die Stelleneinrichtung beim Rat.

Ratsherr Kiemes fragt nach dem Zusammenwirken von Stadt Aachen und Städteregion Aachen und möchte gerne wissen, welche Planungen es diesbezüglich gebe.

Herr Bierfert erläutert hierzu, dass es Absprachen hierzu auf Augenhöhe zwischen Stadt Aachen und Städteregion geben werde.

Es gäbe bereits einen regen Austausch in vielen neu zu strukturierenden Bereichen.

Ratsherr Nießen freut sich, dass das Warnsystem auch im Focus steht.

Er berichtet, dass es diesbezüglich auch Planungen bei der Polizei gäbe und fragt, ob es auch hier Abstimmungen geben werde.

Herr Bierfert berichtet, dass die einzelnen Behörden alle an zukünftigen Plänen arbeiten würden. Bei den Polizeibehörden gäbe es zu beachten, dass es sich hier um Landes- bzw. Bundesbehörden handeln würde.

Aber auch hier seien Absprachen in den weiteren Prozessen geplant.

Herr Dr. Nositschka dankt für die Vorstellung der Pläne und verweist hier auch noch einmal auf den Ratsantrag zur Ausstattung eines Raumes für den Krisenstab.

AUK/24/WP18

Ausdruck vom: 24.03.2023

Seite: 10/20

Er bittet bei künftigen Berichten der Verwaltung zu diesem Thema auch auf die Absprachen oder Einbindung des THW oder DRK einzugehen.

Frau Stockem vermisst im Vortrag das Thema Trinkwasserversorgung.

Hierzu teilt Herr Bierfert mit, dass dies nicht ausdrücklich beim Vortrag erwähnt worden sei, aber in allen Planungen mit eingearbeitet sei.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Kenntnisnahme

zu 8 Flottenstrategie ÖPNV - Sachstandsbericht

Vorlage: FB 61/0528/WP18

Die Ausschussvorsitzende Lürken berichtet dem Ausschuss, dass die Vorlage im Mobilitätsausschuss einstimmig am 01.12.2022 zur Kenntnis genommen wurde.

Ratsherr Nießen führt an, dass eine Flotte auf der Basis von Wasserstoff nur eine Übergangslösung sein könne, und um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen weitere Handlungsoptionen erarbeitet werden müssten.

Ratsherr Kiemes geht darauf ein, dass es um die Frage gehe, wie die bis 2030 gesetzten Ziele erreicht werden könnten.

Er erläutert die schwierige Situation bei der Produktion und Lieferfähigkeit von Elektro-Bussen und Wasserstoffbussen.

Er nimmt aus Gesprächen mit Ingenieuren mit, dass es insbesondere im Schwerlastbereich den Einsatz von Wasserstoff geben müsse und er glaubt, dass es wichtig sei, zweigleisig zu planen.

Herr Dr. Nositschka führt aus, dass es wichtig sei, die ökonomische Seite zu berücksichtigen.

AUK/24/WP18

Ausdruck vom: 24.03.2023

Seite: 11/20

Er bringt Beispiele der Unterschied, z. B. aus Montpellier beim Vergleich zwischen Elektromobilität und Mobilität mit Wasserstoff.

Ratsherr Blum erläutert, dass die beschlossenen Ziele nur mit Unterstützung der öffentlichen Verkehrsbetriebe zu erreichen seien.

Derzeit seien Elektrobusse nicht in der gewünschten Anzahl lieferbar.

Die Forschung bei Wasserstoff stehe erst am Anfang und die Entwicklung bleibe abzuwarten.

Ratsfrau Dr. Wolf bezieht sich auf den Absatz „Ausblick“ in der Vorlage, die konkret wie folgt lautet:

„Die Verwaltung empfiehlt daher, für die Fortschreibung des Nahverkehrsplans eine differenzierte Zielerreichung zu formulieren, die auch die aktuellen Zielformulierungen von Bund und Land betrachtet.“

Sie möchte gerne wissen, ob diese Empfehlung durch einen Ausschuss beschlossen wurde.

Da diese Frage während der Sitzung nicht beantwortet werden konnte, schlägt die Ausschussvorsitzende Lürken vor, diese Information von der Verwaltung nachtragen zu lassen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig Kenntnisnahme

zu 9 Leitfaden Wasserstoff Wasserstoffnetz für Aachen (SPD-Ratsantrag 122/18) / Evaluation für Wasserstoffinfrastruktur (DIE ZUKUNFT-Ratsantrag 124/18)

Vorlage: FB 02/0203/WP18

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Seier von BET – Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH, der eine Präsentation zum Thema vorstellt.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Zum Abschluß der Präsentation weist Herr Seier darauf hin, dass für die Nutzung der Strom und Gasnetze die Konzession 2029 ausläuft und die dazugehörige Ausschreibung mit entsprechenden Vorgaben bereits in 2027 erfolgen müsse.

Ratsfrau Dr. Wolf bedankt sich für den Vortrag, der den umfangreichen Wasserstoffleitfaden auf eine kurze verständliche Zusammenfassung komprimiert habe. Herr Seier habe viele Informationen zusammengetragen.

Daher finde sie es bedauerlich, dass die Verwaltung im Beschlussvorschlag lediglich die Kenntnisnahme durch den Ausschuss vorsieht.

Es werde daher eine Erweiterung des Beschlussvorschlags in folgender Form gewünscht:

„Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Thema Wasserstoff zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, eine Umsetzungsstrategie für die weiteren Projektphasen, insbesondere mit dem Fokus auf die Bereiche Gewerbe und Industrie, zu erarbeiten und interkommunal abzustimmen. Die Ergebnisse sollen erneut im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung vorgelegt werden.“

Herr Dr. Nositschka teilt mit, er vermisse in dem Vortrag das Projekt mit dem Namen „Herkules“.

Herr Seier bedankt sich für den Hinweis auf das Projekt und teilt mit, dass diese Leitung angeschlossen werde. Es gäbe verschiedene Projekte zu dem Thema.

Ratsfrau Brinner erläutert, dass sie Wasserstoff für einen wichtigen Bestandteil bei den Veränderungen halte. Auch in der Industrie bei hohen Temperaturen sei Wasserstoff nutzbar. Die Infrastruktur für die Nutzung zu schaffen sei Aufgabe der Verwaltung. Sie stellt die Frage nach der strategischen Entwicklung. Sie würde sich wünschen, die Planung „größer“ zu denken und die Planungen gemeinsam mit den Kreisen Euskirchen, Heinsberg und der Städteregion abzusprechen.

Daher weist auch sie auf den erweiterten Beschlussentwurf hin.

Herr Schumacher teilt mit, dass er zu Beginn des Vortrags begeistert gewesen sei.

Nach dem Vortrag blieben bei ihm aber sehr viele Fragen.

Wo und wie könne man die Mengen an Wasserstoff beschaffen?

Welche Partner gäbe es hierfür?

Herr Bogozeck bedankt sich für die Ausführung.

Bei den Nutzungsmöglichkeiten von Wasserstoff sehe er den Einsatz bei privaten PKWs und bei Gebäuden nicht. Auch er hat eine Reihe von Fragen.

Wie gehe man mit Überschusskapazitäten um?

Wie bringt man Strom und Wasserstoff in Einklang?

Die Ausschussvorsitzende Lürken schlägt vor bei diesem wichtigen Thema weiter im Austausch zu bleiben und es stelle sich hierbei auch die Frage nach einem geeigneten Gesprächsformat.

Ratsherr Kiemes dankt für den Vortrag und den Leitfaden. Er begrüßt den erweiterten Beschlussvorschlag und schließt sich diesem an.

Herr Meiners führt aus, dass auf Landes- und Bundesebene die Wasserstoffstrategien zu klären seien. Derzeit gäbe es für die Industrie keinen Anreiz bei niedrigen Energiepreisen zu investieren.

Herr Seier berichtet, dass es bei der Nutzung von Biogas ähnliche Fragen zum Beispiel bezogen auf die Einspeisung in Netze gäbe.

Bei Biogas sei die Einspeisung etwas einfacher.

Bei Wasserstoff sei die Beimischung schwierig, bereits ab 20 % Beimischung gäbe es eine Reihe von Details, die zu beachten seien, um die Sicherheit der Netze zu gewährleisten.

Herr Beigeordneter Thomas führt aus, dass die Studie zeige, wo man genauer hinschauen müsse.

Zudem hat die StAWAG Ziele, wo ggfs. Fernwärme genutzt werden könne. Er schildert, dass man das Ziel der Klimaneutralität 2030 schaffen wolle und zeigen wolle, wie es gehen könnte.

Dieses Ziel sei aber nicht zu schaffen, wenn man auf Windenergie verzichten würde.

Er teilt mit, dass die Beigeordneten Burgdorf, Sicking und er gemeinsam zu diesen Themen einladen wollen.

So sei z.B. im Krematorium Hochtemperaturen von 600 – 800 Grad notwendig.

Alles was über 200 Grad hinausgehe, wolle man über Wasserstoff und Biogas ausbauen.

So werde es Gespräche mit der STAWAG zu vielen Themen geben, auch dazu, dass Netzstrukturen angepackt werden müssen.

Er unterstreicht auch den Wunsch der Beschlusserweiterung.

Es wird über den erweiterten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Thema Wasserstoff zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, eine Umsetzungsstrategie für die weiteren Projektphasen, insbesondere mit dem Fokus auf die Bereiche Gewerbe und Industrie, zu erarbeiten und interkommunal abzustimmen. Die Ergebnisse sollen erneut im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 10 Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK), Maßnahme 3.1, Förderung von Solaranlagen in der Stadt, Sachstand und Weiterentwicklung Solar-Förderprogramm, Tagesordnungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD vom 23.11.2022

Vorlage: FB 36/0239/WP18

Ratsfrau Brinner wertet die in der Vorlage genannten Fakten als Erfolg für die Arbeit des Ausschusses. Jedoch bliebe auch zu sagen, dass es 4 mal so viele Anträge geben müsse, um die für 2030 gesteckten Ziele zu erreichen.

Es müsse erreicht werden, große Flächen wie z.B. Parkplatzflächen, Hallendächer, Mehrfamilienhäuser usw. nutzen zu können.

Herr Ratsherr Kiemes sieht auch die Notwendigkeit für mehr Fachkräfte zu werben, die diese Anlagen bauen könnten.

Herr Beigeordneter Thomas stimmt den Vorrednern zu und hält fest, dass viel geschafft worden sei und man dennoch schneller mit weiteren Maßnahmen werden müsse. Er dankt hier auch dem Fachbereich Umwelt, der viel Zeit für die Themen investiert.

Herr Meiners führt aus, dass die Anzahl der Solaranlagen kontinuierlich steigen würden – Einfamilienhausbesitzer mit größeren Anlagen und Mieter in Form von Steckersolaranlagen.

Auch in der Industrie würde zunehmend in Solaranlagen investiert und derzeit würden bereits größere Flächen genutzt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz stimmt den Ausführungen der Verwaltung und

- a) den inhaltlichen Änderungen der Richtlinie sowie
- b) der Anpassung der Fördersätze

zum 07.02.2023 zu.

Der Tagesordnungsantrag gilt somit als behandelt.

AUK/24/WP18

Ausdruck vom: 24.03.2023

Seite: 15/20

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 11 Altstadtquartier Büchel - Realisierungswettbewerb Freianlagen für Landschaftsarchitekten - Eckpunkte der Auslobung Vorlage: FB 36/0251/WP18

Frau Stockem erfragt, wie die Umsetzbarkeit der Phase 2 aussehen solle.

Herr Vogt / SEGA erläutert, dass Gespräche geführt werden.

Die Umsetzbarkeit sei denkbar.

Frau Liegmann würde sich wünschen, dass Thermalquellen sichtbar gemacht würden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die dargestellten Eckpunkte zur Durchführung eines freiraumplanerischen Ideen- und Realisierungswettbewerbs für das Altstadtquartier Büchel durch die Städtische Entwicklungsgesellschaft Aachen (Ausloberin) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Kenntnisnahme

zu 12 Kündigung der Vereinbarung zur Unterhaltung einer Pflegestation für Wildtiere durch die Aachener Tierpark Gemeinnützige AG Vorlage: FB 36/0248/WP18

Herr Dr. Nositschka geht darauf ein, dass in der Vorlage bei den Punkten 1 bis 4 bereits davon ausgegangen werde, dass die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Düren funktionieren werde.

Herr Dr. Engels gibt hierzu an, dass er die notwendigen Gespräche führen möchte.

AUK/24/WP18

Ausdruck vom: 24.03.2023

Seite: 16/20

Ratsfrau Dr. Wolf führt aus, dass die Kündigung der Vereinbarung zur Unterhaltung einer Pflegestation für Wildtiere bereits zum 31.12.2022 erfolgt sei und möchte gerne wissen, ob man bereits mit Düren über die in der Vorlage aufgeführten Pläne zur Zusammenarbeit gesprochen habe.

Herr Dr. Engels erläutert, dass auf Verwaltungsebene hierzu Gespräche geführt worden seien. Er erläutert weiter, dass der Tierpark keine Tiere mehr aufnehmen würde. Ende des Jahres sei eine Kanadagans in den Tierpark eingeflogen, die an der Vogelgrippe erkrankt gewesen sei. Die Gefahren seien groß.

Ratsherr Kiemes zeigt Verständnis und dankt dem Tierpark für die Unterstützung in der Vergangenheit. Herr Beigeordneter Thomas richtet ebenfalls seinen Dank an den Tierpark für die Unterstützung in der Vergangenheit und auch an Herrn Dr. Engels, der sich mit dem schwierigen Thema beschäftigt und nach Lösungen gesucht habe.

Die Ausschussvorsitzende Lürken geht darauf ein, dass die Kündigung im Juni erfolgt sei und es erst jetzt eine Vorlage gäbe. Dies deute für sie darauf hin, dass es in der Zwischenzeit Abstimmungsgespräche gegeben habe.

Herr Beigeordneter Thomas bestätigt dies.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung in Abstimmung mit der Städteregion Aachen das skizzierte Maßnahmenprogramm umzusetzen und insbesondere auf die Unterhaltung einer gemeinsamen Wildtier-Hotline mit dem Kreis Düren hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 13 Ratsantrag Fraktionen der GRÜNEN, der ZUKUNFT und der Linken vom 10.02.2021, Nr. 068/18

Mieterstrom: Erneuerbare Stromerzeugung auch auf Aachener Mietshäusern

Vorlage: FB 23/0160/WP18

Ratsherr Stettner erläutert, dass der Antrag erfolgt sei, da es viele Mietshäuser in Aachen gäbe und das Thema auch für diese Immobilien wichtig sei.

Man würde hiermit private Eigentümer ansprechen wollen und auch unter sozialen Aspekten den günstigeren Strom für Mieter zugänglich machen.

Es sei bewusst, dass hierbei eine Reihe von rechtlichen Fragen zu klären seien. Es gehe um ein Pilotprojekt bei dem man z.B. an die Gewoge denken würde. Die Gewoge habe ihm gegenüber positiv reagiert.

Er glaube, dass Aachen in der Lage sei, ein solches Pilotprojekt zu initiieren und hat daher einen erweiterten Beschlussvorschlag vorgelegt.

Herr Bussen vom Fachbereich Immobilienmanagement führt aus, dass es sich um ein schwieriges Thema mit vielen rechtlichen Fragen handeln würde. Die Ausarbeitung habe gedauert, da man viele dieser Fragen versucht habe zu klären.

So müssten Zähler installiert und abgelesen werden, kein Mieter könne verpflichtet werden. Herr Bussen berichtet weiterhin, dass die Gewoge angesichts der vielen offenen Fragen und ungeklärten Details weniger positiv reagiert habe.

Herr Bussen geht ergänzend darauf ein, dass die Installation auch auf Dächern von Gutshöfen denkbar sei.

Ratsherr Kienes dankt für die Vorlage und würde sich wünschen, bei der Frage der Machbarkeit Prioritäten zu setzen, auch wenn es wünschenswert wäre, alle Dächer mit Solaranlagen auszustatten. Er würde daher gerne dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Dr. Nositschka möchte sich dem erweiterten Beschlussvorschlag anschließen. Es sei wichtig Vermieter und Mieter zu motivieren. Auch die Stadt müsse dies schaffen können. Ein Pilotprojekt sei gewünscht und er könne die Bedenken der Verwaltung nicht teilen.

Ratsherr Kienes äußert sich zu dem vorgelegten erweiterten Beschlussentwurf.

Den Absatz 1 würde er unterstützen, den 2. Absatz werde er nicht mittragen können.

Bei der Abstimmung erfolgt eine getrennte Abstimmung zu Absatz 1 und Absatz 2.

Beschluss:

Der erweiterte Beschlussvorschlag wird in 2 getrennten Abstimmungen wie folgt beschlossen.

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss, die Verwaltung gemäß Vorlage mit der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Mietshäusern und Gutshöfen zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Darüber hinaus beauftragt er die Verwaltung, das Thema Mieterstrom weiter zu bearbeiten und nach Umsetzungsmöglichkeiten zu suchen, um mindestens ein Pilotprojekt umzusetzen und private Hauseigentümer*innen über die Möglichkeit von Mieterstrom-Modellen zu informieren.

Die Ergebnisse sollen im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss erneut vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen

zu 14 Leitfaden ökologische Baubegleitung (ÖBB) zur Sicherstellung des Baumschutzes auf Baustellen im Geltungsbereich der Baumschutzsatzung der Stadt Aachen

Vorlage: FB 36/0250/WP18

Ratsherr Kienes stellt die Frage der Rechtssicherheit bei der Auslegung des Leitfadens zur ökologischen Baubegleitung. Er glaube, dass es mehr Transparenz zu den grundlegenden Gedanken geben müsse.

Ratsfrau Brinner glaubt, dass gute Transparenz durch Vorgaben gewährleistet werden könne.

Herr Beigeordneter Thomas führt aus, dass er sich diese Fragen auch gestellt habe.

Die bisher gängige Praxis solle weiter bestehen bleiben. Die Detailklärung solle in der Satzung geregelt werden.

Es gehe um wertvolle Bäume. Ziel sei es, Handreichungen zu geben um Transparenz herzustellen.

Es solle Klarheit in der Umsetzung geben, keine Verhinderung.

Die Ausschussvorsitzende Lürken weist darauf hin, dass es sich bei der Vorlage um eine reine Kenntnisnahme handele.

Ratsherr Blum erläutert, dass der Baumschutz in Aachen einen hohen Stellenwert habe. Der Leitfaden solle Erleichterungen bringen, den Baumschutz besser zu gewährleisten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Kenntnisnahme

zu 15 Mitteilungen der Verwaltung

Es wurden Mitteilungen der Verwaltung ausgeteilt zur Information zu folgenden Themen:

- Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“, Kurzfassung der Projektskizze „Das grün-blaue Band – vom Verkehrsraum zum Lebensraum“ der Stadt Aachen
- Wegesanierung im Gartendenkmal Lousberg

Es ergibt sich die Frage nach einem weiteren Thema „Sieben Quellen“ in Seffent.

Herr Meiners erläutert, dass man im Sinne der Bürgerschaft nach einer gemeinsamen Lösung suchen werde. So werde der Zaun entfernt werden müssen und die Fläche überwiegend in den alten Zustand zurückversetzt. Das Eigentum der Fläche solle an die Stadt übergehen.